

■ Eine der ersten Verlautbarungen aus der Bildungsbehörde nach den Sommerferien war, man müsse angesichts des steigenden Bedarfs an Vorkursen für Flüchtlinge und Zuwanderer auf Pensionäre und Studierende zurückgreifen. Es gebe keine BewerberInnen für reguläre Einstellungen. Also gibt es in diesem Bereich überwiegend nur befristete und Honorarverträge.

Und in der Tat ist die Not groß. Wer konnte schon mit einem Anstieg der Flüchtlingszahlen von ca. 100.000 auf ca. eine Million innerhalb eines Jah-

Der Fachbedarf in »Deutsch als Zweitsprache«

Die Versäumnisse müssen
korrigiert werden!

Jürgen Burger

res rechnen? Sicher kaum jemand, es sei denn, er/sie hätte die Lage in den türkischen, libanesischen und jordanischen Flüchtlingslagern und die Entwicklung in Syrien, Irak und Afghanistan haargenau beobachtet. Diese Verzehnfachung wirkt sich in Bremen besonders stark aus, da die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die bisher nicht nach dem »Königsteiner Schlüssel« verteilt wurden, meist die Großstädte als Ziel haben.

Aber so massiv die Zahlen auch angestiegen sind, der Mangel im Fach Deutsch als Zweitsprache ist zum Teil hausgemacht. Und das wirkt sich zurzeit besonders stark aus.

Studiengang gestrichen

Als in den 70er und 80er Jahren klar wurde, dass die »Gastarbeiter« dauerhaft bleiben würden, und als die Universität Bremen noch schwerpunktmäßig auf die LehrerInnenausbildung ausgerichtet war, wurden viele Lehrkräfte im Studiengang »Deutsch als Fremdsprache« (DaF) ausgebildet. Später gab es dann noch den Studiengang »Deutsch mit dem Schwerpunkt Deutsch als Zweitspra-

che« (DaZ), der auch in den Prüfungsordnungen für das erste und zweite Staatsexamen verankert war.

Im Zuge der Umorganisation des Studiums in Bachelor- und Masterstudiengänge ist diese spezielle Ausbildung verschwunden. Zwar müssen sich jetzt alle Lehramts-Studierenden im Umfang von 18 Credit-Points (von 300) mit dem »Umgang mit Heterogenität« beschäftigen, aber dieser Studienbestandteil, der Deutsch als Zweitsprache, Interkulturelle Bildung und Inklusive Pädagogik umfasst, kann die Ausbildung in DaZ nicht ersetzen. Verpflichtend für alle ist hier ein einziges Seminar in Deutsch als Zweitsprache (3 CP). Im Fach Deutsch gibt es im Pflicht- oder im Wahlpflichtbereich zwar noch Seminare mit dem Schwerpunkt »Deutsch als Zweitsprache« und »Deutsch als Fremdsprache«, aber keinen eigenen Studienschwerpunkt mehr.

Diese Lücke setzt sich in der zweiten Ausbildungsphase fort. Immerhin wird hier im Wahlpflichtbereich für Sek. I und Sek. II noch eine Zusatzqualifikation in DaZ angeboten, an der auch Lehrkräfte mit zweitem Staatsexamen teilnehmen können. Darüber hinaus gibt es hier Fortbildungen für Vorkurs-Lehrkräfte und ein Netzwerk der SprachberaterInnen.

Ein Einwanderungsland braucht DaZ/DaF-Lehrkräfte auf lange Sicht

Die wenigen Lehrenden an Uni und LIS bemühen sich, den offensichtlichen Mangel zu kompensieren. Aber das kann nicht ausreichen. Früher gab es an der Universität drei Lehrstühle für DaF, heute nur noch einen für DaZ/DaF (Prof. Dr. Nicole Marx). Die beste Lösung wäre wahrscheinlich, den Studiengang »Deutsch mit dem Schwerpunkt Deutsch als Zweitsprache« wieder einzurichten. Weitere (bescheidene) Lösungen wären DaZ als Drittfach bzw. die Einrichtung eines Zertifikats im Wahlpflichtbereich. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist jedoch der politische Wille in den Behörden und bei der Uni-Leitung. Und das schließt vor allem die Bereitstellung entsprechender Lehrkapazitäten ein.

Der Bedarf an entlasteter Fortbildung

In der aktuellen Situation geht es um eine weitere Aufgabe: Die vielen Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern werden nach den Vorbereitungskursen in den Regelunterricht kommen. Und die Lehrkräfte in diesen Klassen sind schon mit ihren gegenwärtigen Aufgaben voll ausgelastet bzw. überlastet, wenn besondere Konflikte und Vertretungsunterricht hinzukommen. Notwendig sind in dieser Situation kurzfristig entlastete Fortbildungen, die auf die Aufnahme dieser Kinder vorbereiten. Die Weisung »Kein Unterricht darf wegen Fortbildung ausfallen«, die die Behörde als Monstranz vor sich herträgt, muss wegfallen. Denn weitere Aufgaben einfach obendrauf zu packen, das geht nicht mehr.

Lehrkräfte für Integrationskurse anstellen und gut bezahlen

■ Dringenden Handlungsbedarf sieht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Integrationskurslehrkräfte. Um diese angemessen zu beschäftigen und zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen, muss die Trägerpauschale auf 4,40 Euro je Kursteilnehmer angehoben werden. Nach Abzug der Sozialabgaben bleibt vielen der akademisch qualifizierten Lehrkräfte von den Honoraren ein Einkommen, das knapp über dem Hartz-IV-Niveau liegt. Die Arbeitgeber zahlen für die Integrationskurslehrkräfte keine Sozialabgaben, zudem haben diese keine Möglichkeit, Arbeitnehmerrechte wahrzunehmen. Das ist keine Arbeits- und Zukunftsperspektive für die Kolleginnen und Kollegen. Dabei steigt der Bedarf: Alleine im 1. Quartal 2015 stieg die Anzahl der Kurse um 30 Prozent gegenüber dem Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger rechnet damit, dass künftig 14.000 Kurse angeboten werden müssen. »Das ist eine Herausforderung, die nur mit erfahrenen, gut qualifizierten Lehrkräften zu stemmen ist.«